

Wartungsarbeiten und Serverwechsel



Aufgrund der hohen Besucherzahlen vor zwei Stunden ist der Server in die Knie gegangen. Wir nehmen derzeit den [vor zwei Wochen angekündigten Serverwechsel](#) vor, etwas abrupt und ausserplanmässig, aber wir denken, es wird funktionieren.

PI wird in den nächsten Stunden immer wieder mal nicht erreichbar sein, wir halten den Blog aber solange wie möglich online, bis der Wechsel vollzogen ist. Bitte berücksichtigen Sie, dass die Kommentarfunktion bei den letzten Beiträgen abgeschaltet ist, neue Kommentare bei älteren Beiträgen können nicht übernommen werden.

Spiegel: „Rechtspopulist“ fordert Koran-Verbot

☒ Gern lassen wir uns ebenfalls vom *Spiegel* als „Rechtspopulisten“ bezeichnen – wir wissen, dass wir dies nicht sind. Wie schon zu alten DDR-Zeiten lernen wir, [zwischen den Zeilen der Propaganda](#) zu lesen. Im Unterschied zu damals allerdings haben wir heute die Möglichkeit, uns objektiv zu informieren.

Geert Wilders hat als erster Politiker der Niederlande ein Verbot des Korans verlangt und dieses Machwerk mit dem Buch 'Mein Kampf' von Adolf Hitler gleichgesetzt. Bezeichnend für die Unsicherheit in den Redaktionsstuben der Massenmedien ist, dass man in keinster Weise auf die eigentlichen Vorwürfe eingeht.

„Der Kern des Problems ist der faschistische Islam, die kranke Ideologie von Allah und Mohammed, wie sie in dem islamistischen „Mein Kampf“ niedergelegt ist“, schrieb Wilders in einem Brief an die niederländische Zeitung *De Volkskrant*. In verschiedenen Suren des Korans würden Muslime aufgerufen, Juden, Christen, Andersgläubige und Ungläubige zu unterdrücken, zu verfolgen oder zu ermorden. „Suren im Überfluss, die die Muslime zu Tod und Verderben aufrufen und anstiften“, schreibt Wilders.


Die Schreiberlinge vom *Spiegel* listen dies zwar auf (und schon dies ist bemerkenswert), aber sie setzen sich redaktionell und inhaltlich überhaupt nicht mit diesen Vorwürfen auseinander – nein, man schwingt gleich die rechtsradikale Keule und stellt Geert Wilders als unbeherrschten Schläger dar:

Wilders fiel bereits mehrfach auf: Nach der Parlamentswahl forderte er ein Verbot für den Neubau von Moscheen. Im Frühjahr griff er dann zwei sozialdemokratische Staatssekretäre heftig an, die neben der niederländischen auch die türkische beziehungsweise marokkanische Staatsangehörigkeit besitzen.

Wir sind dankbar, dass wir uns mittlerweile *Spiegel*-unabhängig im www informieren können und aus diesem Grund nicht mehr auf die alte DDR-Propagandamasche angewiesen sind.

(Spürnase: Koltschak)

Offener Brief an die Grüne Partei der Schweiz

 Daniel Vischer (Foto), Nationalrat der Schweizer Grünen, hat eine Online – Petition gestartet, die in ihrer Einseitigkeit nicht mehr zu überbieten ist. Unser Leser Oliver S. hat diese in einem offenen Brief hinterfragt. Eine Antwort der Grünen (Schweiz) steht noch aus.

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit Erstaunen habe ich die so genannte [Palästina-Petition von Nationalrat Daniel Vischer](#) gelesen. Darin sind kurzerhand drei Punkte aufgelistet, welche die Petition umfassen:

1. Die Wiedergutmachung des Unrechts, das dem palästinensischen Volk zugefügt wurde

Wer leistet Wiedergutmachung am israelischem Volk, dass seit 2004 von mehr als 3000 Kassam-Raketen angegriffen wurde und seit Jahren hunderte Bombenanschläge gegen öffentliche Einrichtungen erleiden musste. Kein anderes Land auf Erden ist dem Terrorismus so stark ausgesetzt wie Israel. Wer bringt den israelischen Familien Mitgefühl entgegen, welchen Söhne, Töchter, Väter und Mütter gewaltsam entrissen wurden

2. Sanktionen gegen Israel, bis dieses die UN-Resolutionen 242 erfüllt

Hier meint Herr Vischer, dass Israel sich auf den Friedensvertrag von 1967 rückbesinnen müsse und sich auf die Grenzen von eben solchem Friedensvertrag zurückziehen müsse. Weder seitens Palästinas noch Israels wird die Grenze so gezogen werden, wie anno 1967 abgemacht wurde. Dies ist absolut unrealistisch. Das sich der Staat Israel in der

momentan verfahrenen Situation nicht einfach zurückziehen kann, ist wohl verständlich, denn zu gross sind die Ängste über weitere Selbstmordanschläge. Solange die Lage in diesem Masse instabil ist, würde selbst die Schweiz alles tun, um ihr Volk zu schützen und die Grenzen entsprechend dicht zu halten. Ausserdem kann der Gazastreifen als aktuelles Beispiel genommen werden, wie sich dieses Land seit dem Rückzug Israels entwickelt hat. Mord, Korruption und Verfall der Werte sind an der Tagesordnung

3. die internationale Anerkennung der gewählten palästinensischen Behörden

Die Schweiz akzeptiert ja die gewählte palästinensische Regierung. Das die Hamas von einigen Nationen, wie bspw. den USA nicht anerkannt wird, ist meiner Ansicht nach verständlich, zumal der Hamas selbst terroristische Aktivitäten gegen Israel und anderen westlichen Einrichtungen nachgewiesen wurden

Ich möchte Ihnen zu dieser Petition folgendes sagen: Ich empfinde Sie als überaus einseitig. Alle Schuld wird beim Staat Israel abgeladen. Des Weiteren wird den Besuchern auf der Internetseite von Herrn Vischer überhaupt keine Hintergrundwissen zum Nahostkonflikt geliefert. Es wird nur behauptet, was Israel alles falsch mache und was wir als Schweizer Bürger/innen dagegen unternehmen können. Für einen gewählten Repräsentanten unserer Regierung, empfinde ich diese einseitige Meinungsmache überaus befremdend und meiner Meinung nach grenzt diese ganze Petition an antisemitisches Gedankengut.

Es ist für mich ausserdem unverständlich, wie die Grünen eine solche Petition gut heissen, zumal Sätze auftauche wie:

„Mit seiner Besatzung- und Siedlungspolitik zerstört Israel dem palästinensischen Volk vollends die Existenzgrundlagen. Doch vergangenes Unrecht, von den Juden und Jüdinnen in Europa erlitten, kann nicht dadurch gut gemacht werden, dass wir

EuropäerInnen nun neues Unrecht schaffen oder zulassen, indem wir den von uns einst Verfolgten in blinder Parteinahme ein ungeschriebenes Recht auf völkerrechts- und menschenrechtswidrige Praktiken einräumen“

Es erstaunt mich immer wieder, wie Menschen und hier geht es sogar um eine Persönlichkeit, die ein öffentliches Amt bekleidet, indirekt behaupten, dass Juden und Jüdinnen von Ihrer Vergangenheit profitieren. Ersten hätte ein Volk, das über 6 Millionen Mitbürger/innen verloren hat, alles Recht der Welt über Jahrhunderte eine Besserstellung zu verlangen. Dies wird aber in keinsten Weise von Israel verlangt. Der Bevölkerung Israels, der so viel Unrecht in ihrer von Kriegen erfüllten Geschichte angetan wurde, hat dennoch nur einen einzigen Wunsch, nämlich endlich in Ruhe und Frieden ihr Leben leben zu können.

Und diesem Volk wird von Herrn Vischer nachgesagt, es profitiere vom Unrecht, das Ihm angetan wurde.

Ausserdem gebe ich Ihnen gerne noch ein Gegenargument zu Herrn Vischers genannten Existenzgrundlage. Ich zitiere aus dem Spiegel Online:

“SPIEGEL ONLINE: Sie sind die Leidtragenden des Konflikts. Schueftan: Ja, aber bis zur Wahl der Hamas konnten sie sich darauf verlassen, dass sie nicht zur Verantwortung gezogen werden, egal was sie machen. Ich gebe ihnen ein kleines Beispiel. Bei den Demonstrationen in Gaza werden Unmengen von Munition in die Luft verschossen, mindestens zehntausend Kugeln. Jede Kugel kostet so viel wie vier Kisten Tomaten. Das heißt, sie verschießen bei einer Demonstration den Gegenwert von 40.000 Kisten Tomaten. Am nächsten Tag sagen sie: “Wir haben Hunger!” und die Europäer kommen und sagen: “Wie können wir ihnen helfen?”...

SPIEGEL ONLINE: Weil es ein zentraler Konflikt ist, der die Welt seit fast 60 Jahren beschäftigt.

Schueftan: Der Nahost-Konflikt wird gewaltig überschätzt. Die halbe Welt glaubt, es werde Frieden im ganzen Nahen Osten geben, wenn der Palästina-Konflikt gelöst wird. Also fließt viel Geld. Seit Oslo haben die Palästinenser acht Milliarden Dollar Hilfe erhalten. Das ist das Sechsfache pro Kopf dessen, was die Europäer im Marshall-Plan bekommen haben. Und sie haben jeden Cent dieser Summe vergeudet auf zwei Sachen: Korruption und Krieg. In jeder Gesellschaft gibt es Inseln von Korruption, auch in Israel, auch in Deutschland. Bei den Palästinensern gibt es einen Ozean von Korruption und keine Insel."

Gerne bitte ich Sie, zu diesem Brief Stellung zu beziehen und mir mitzuteilen, wie die Grünen zu diesem Thema stehen. Im Hinblick auf die kommenden Wahlen spielt Ihre Antwort für mich eine fundamental wichtige Rolle. Besten Dank für Ihre bevorstehende Stellungnahme.

Mit freundlichen Grüßen

News zur Brüssel-Demo am 11. September 2007



Am 7. August waren Stephen Gash ([SIOE England](#)), Anders Gravers ([SIAD Dänemark](#)) und Udo Ulfkotte ([Pax Europa](#)) auf Einladung der Brüsseler Sicherheitsbehörden in Brüssel, um mit 16 (!) Behördenvertretern die Details der Demonstration

abzusprechen. Udo Ulfkotte schickte uns heute folgende Infos zum aktuellen Stand der Dinge:

Die Versammlung zur Demonstration am 11. September beginnt ab 12 Uhr, der Demonstrationzug setzt sich um 13 Uhr in Bewegung, die Demonstration endet mit dem Ende der Reden und der Übergabe des Manifestes an die EU um 16 Uhr.

Es wurde eine Route von der Brüsseler Polizei vorgeschlagen und gemeinsam mit der Polizei abgefahren. Dabei wurde ausdrücklich festgehalten, dass keine politischen Parteiabzeichen, Parteiplakate oder ähnliche Symbole erlaubt sind. Notarzwagen, medizinische Versorgung, Hilfe für Behinderte, Toiletten, Getränke etc. sind vor Ort, ebenso ein verdecktes starkes Aufgebot an Sicherheitskräften.

Brüsseler Oberbürgermeister muss noch sein OK geben



Die tatsächliche Entscheidung, ob die Demonstration stattfinden wird, hängt nun noch ausschließlich vom Brüsseler Oberbürgermeister [Freddy Thielemans](#) (Foto) ab, der den Sozialisten angehört. Die Entscheidung wird binnen einer Woche fallen, die Probleme bei der Entscheidungsfindung für den Oberbürgermeister: „seine“ Wähler sind zum Teil jene Menschen, die sich durch unsere Demonstration „beleidigt“ fühlen könnten. Es gibt keine Demonstrationsroute, die in Brüssel nicht an von Muslimen bewohnten Stadtteilen vorbeiführen würde. Der Bürgermeister, der Muslimen bislang viele Demonstrationen erlaubt hat, muss nun entscheiden, ob er die Meinungsfreiheit und deren öffentliche Darstellung auch für uns „Normalbürger“ zulässt. Wir warten mit Spannung auf die Entscheidung.

Der Bürgermeister weiß allerdings, dass wir im Falle eines

Demonstrationsverbotes als Verantwortliche nur die deutschsprachigen, dänischen und britischen Demonstranten werden (teilweise) erreichen können, wir haben klar zum Ausdruck gebracht, dass aus ALLEN EU-Staaten viele Demonstrationsteilnehmer auf eigene Faust kommen, deren Handeln NICHT in unserer Macht liegt.

Die ganze Situation ist entstanden, weil man bislang wohl die Größe der Demonstration in der Umgebung des Bürgermeisters völlig unterschätzt hat. Man hatte wohl gedacht, es würden einige Hundert Menschen kommen, die von niemandem beachtet würden. Inzwischen ist aber allen klar, dass es eine große Demonstration mit mindestens 20.000 Teilnehmern aus ganz Europa – und entsprechende Medienaufmerksamkeit – geben wird.

Islamkritiker Thomas Tartsch unter Druck

✘ Pax Europa hat eine Aktion gestartet, um Thomas Tartsch zu helfen, der derzeit von einem muslimischen Anwalt unter Druck gesetzt wird: Tartsch ist ein junger Wissenschaftler aus dem Ruhrgebiet, der sich mit dem radikalen Islam beschäftigt. Zu seinen Büchern zählt etwa das mit sorgfältiger Quellenstudie verfasste Werk „[Islamischer Fundamentalismus und Jihadismus](#)„. Er arbeitet derzeit an seiner Promotion und will ergründen, ob die bisherigen Wege, den radikalen Jihadismus einzudämmen, Erfolg versprechend sind oder neue Wege beschritten werden müssen.

Dabei bekennt er sich ausdrücklich als Verfechter der Idee der universalen Menschenrechte. Nun hat Tartsch Post von einem islamischen Anwalt (einem deutschen Staatsbürger) bekommen,

der ihm eine Frist bis zum 22. August setzt, alle angeblich volksverhetzenden Passagen aus seinen [Internet-Seiten](#) zu nehmen. Die angeblich „volksverhetzenden“ Passagen werden dabei mit keinem Wort konkret erwähnt, der Autor hat also keine Möglichkeit zu prüfen, auf welche Stellen sich die strafrechtliche Klageandrohung bezieht. Pax Europa und Akte Islam haben sich satzungsgemäß dazu verpflichtet, Menschen, die wegen ihrer Islam-kritischen Berichterstattung unter Druck gesetzt oder eingeschüchtert werden, mit rechtsstaatlichen Mitteln zu helfen. Man kennt das oben erwähnte Buch von Thomas Tartsch, aber nicht jede seiner Schriften. Pax Europa hat bislang nicht den geringsten Hinweis auf „volksverhetzende“ Aussagen finden können.

Pax Europa und [Akte Islam](#) bitten um Hilfe:

Bitte schauen Sie sich die Homepage von Herrn T. an. Wir erbitten von den Juristen unserer Leser Hinweise, ob diese auch nur ansatzweise „Volksverhetzende“ Passagen auf den genannten Seiten erkennen. Sollten diese (erwartungsgemäss) in den Texten von Herrn T. nicht enthalten sein, werden wir Herrn T. mit allen unseren Mitteln – juristisch, finanziell und menschlich – den Rücken stärken und ihm empfehlen, die aus unserer subjektiven Sicht ihm zugegangene Einschüchterung/Drohung von der zuständigen Staatsanwaltschaft aufarbeiten zu lassen.

(Spürnasen: Theophanu und Hanlonsrazor)

Gesucht: „Angebliche“

Ausländer



Die Phantombilder der Polizei zeigen zwei von drei Tätern, die bereits im April in Bochum eine 19-jährige Abiturientin auf offener Straße gemeinschaftlich vergewaltigt haben. Der [Kölner Express](#) schreibt von „angeblich ausländischen Männern“. Man kann nicht vorsichtig genug sein!

Der *Express* berichtet:

Bochum – Es muss das absolute Martyrium gewesen sein: Eine 19-jährige Abiturientin soll in Bochum-Werne von drei Männern brutal vergewaltigt worden sein.

Wie die Polizei am Mittwoch mitteilte, ereignete sich die Tat bereits am 2. April.

Die junge Frau soll von dem Trio vor einem Garagentor angesprochen und festgehalten worden sein. Einer der angeblich ausländischen Männer soll die junge Frau dann vergewaltigt haben.

Die beiden anderen „angeblichen Ausländer“ kamen nicht mehr zum Zuge, weil sich ein Auto näherte und man die Flucht ergriff. Wer die Verbrecher trifft, kann sie bei der Polizei abgeben oder diese telefonisch unter der Nummer **0234-9094120** (Polizei Bochum) informieren.

Die Linke und die Kölner DITIB-Moschee



Die Linke in Deutschland tendiert dazu, einen verkappten Größenwahn zu pflegen in dem Sinne, dass sie den Rest der Welt und insbesondere alle „kritisierten Minderheiten“ als Opfer betrachtet, die sie zu schützen hat.

Von Arzu Toker (Foto)

Selbstverständlich sind die Opfer nicht in Frage zu stellen. Aber was in der aktuellen Diskussion über die Kölner DITIB-Moschee abläuft, ist schon merkwürdig: Da werfen Leute, die ihre christlichen Kirchen mit Recht kritisieren, diese zum Teil deshalb längst verlassen haben und deshalb wohl kaum für einen Kirchenneubau auf die Straße gehen würden, gleichzeitig Kritikern des geplanten Moschee-Neubaus Schüren von Islamophobie vor. Als Islamophobie gilt jedwede Kritik an der islamischen Welt, den Palästinensern und den islamischen Migranten. Hier sind sich die Linken mit den Rechten einig: Es handelt sich bei beiden um Varianten von Antisemitismus. Ihre Befürwortung der Moschee in Ehrenfeld verstecken die Linken unter dem Protest gegen die Rechte und nutzen die historischen Gewissensbisse der Ehrenfelder Bevölkerung aus.

Beispiele für Kulturrelativismus gibt es zuhauf: Minderheiten werden so lange romantisiert, bis sie sich auf deutschen Autobahnen für ein „Vaterland“ verbrennen und dadurch unangenehme Staus verursachen. Aber auch dann wird nicht etwa

Kritik geübt, sondern geschwiegen. Als ich damals in einem Fernsehkommentar die Gesinnung, sich fürs Vaterland zu verbrennen, kritisierte, wurde ich mit Nazis verglichen.

Eine große Enttäuschung für die Kulturrelativisten und Machos war der Brandanschlag in Krefeld 1997, dem zwei junge Mädchen und ihre Mutter zum Opfer fielen. Solange der Verdacht bestand, dass das eine Tat von Rechtsradikalen gewesen sei, wurde protestiert: auch Türken und Kurden prügeln sich, um die eigene Fahne auf den Särgen ausbreiten zu können. Opfer werden geliebt, Opfer wollte man sein. Der Protest hörte jedoch schlagartig auf, als aufflog, dass der eigene Vater bzw. der Ehemann der Täter war. Und das milde Urteil im Zusammenhang mit der Hinrichtung von Hatun Sürücü durch ihren jüngsten Bruder ist die brutale gerichtliche Version des Kulturrelativismus. Die Kölner SPD-Abgeordnete und Islambeauftragte Lale Akgün brachte es sogar so weit, dass sie uns vom Zentralrat der Ex-Muslime in einer türkischen Zeitung beschuldigte, die Islamfeindlichkeit zu schüren und gab uns somit als Feindbild zum Angriff frei. Sie sprach so den Menschen, die nicht mehr mit dem Islam identifiziert werden wollen, das Recht ab, sich zu organisieren. [Weiter...](#)

Auszug aus dem heute in der Neuen Rheinischen Zeitung (NRhZ) erschienenen Artikel von Arzu Toker „Aufklärung und Kulturkritik – oder: Andere Kulturen, andere Sitten“.

» Leserbriefe an die NRhZ: info@nrhz.de

Pax Europa zum Moscheebau



Der Landesverband Baden-Württemberg von [Pax Europa](#) hat heute eine Pressemitteilung verteilt. Darin wird ausführlich über die Bedeutung des zunehmenden Moscheebaus in Deutschland unterrichtet. Da sich die meisten Journalisten, wie man an ihren Artikeln zum Thema erkennen kann, offenkundig nicht hinreichend mit der Materie befasst haben, könnte die Mitteilung für viele geradezu eine Erleuchtung sein, so sie diese denn zu Kenntnis nehmen und noch lernfähig sind. PI bringt die Presseerklärung im vollen Wortlaut:

Pressemitteilung Nr. 02/2007

(07.08.2007)

Moscheen in Deutschland – Kein Problem?

Die Sozialdezernentin der Stadt Köln soll in der Bürgeranhörung zum Bau der Moschee in Köln-Ehrenfeld am 29. Mai u.a. geäußert haben, rechtlich sei der Ruf des Muezzin dem Läuten christlicher Kirchenglocken gleich zu setzen. Sie hat damit gezeigt, dass sie weder vom Christentum noch vom Islam besonders viel Ahnung hat. Leider ist zu befürchten, dass sie diesen Zustand der Ahnungslosigkeit bezüglich des Islams mit etlichen Politikern und auch Kirchenoberen teilt. Wie anders ist es sonst zu erklären, dass sich

Kölns Oberbürgermeister Fritz Schramma

Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident Jürgen Rüttgers

Münchens Oberbürgermeister Christian Ude

(um nur einige zu nennen) in ihrer „Toleranz“ und „Weltoffenheit“ für den Bau von Moscheen in Deutschland aussprechen und ein Kölner Priester sogar dafür sammelt, während sein Chef, der Erzbischof von Köln, Joachim Kardinal Meisner, immerhin „ein ungutes Gefühl“ hat.

Der Moscheebau fördere die Integration, sagen die einen (zum Beispiel Werner Schiffauer, Professor , er schade der Integration die anderen (zum Beispiel Ralph Giordano). Ja, was denn nun? „Das Minarett ist ein Herrschaftssymbol“, sagt die deutsche Soziologin türkischer Herkunft Necla Kelek („Die fremde Braut“). Und sie sagt das nicht irgendwo, sondern in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, einem Blatt also, dass von den meisten Politikern und Kirchenleuten gelesen werden dürfte. Gewirkt hat die Lektüre allerdings noch nicht. „Die Moschee ist in der islamischen Tradition ein sozialer und kein sakraler Ort“, schreibt Kelek. Natürlich dienen die Moscheen auch dem Gebet, aber sie waren immer auch Versammlungsorte, „wenn sich die Männer zu einem Kriegszug aufmachten“, zitiert Kelek aus dem Islam-Lexikon des Islamwissenschaftlers Peter Heine („Kulturknigge für Nichtmuslime“). Daran hat sich bis heute nichts geändert. Selbst nach islamischer Lesart, so Kelek, sind Moscheen „keine Sakralbauten wie Kirchen und Synagogen, sondern ‚Multifunktionshäuser‘“ (in der umstrittenen Zentralmoschee in Köln-Ehrenfeld macht der Gebetsraum nur 19,5 Prozent der gesamten vorgesehenen Bruttogeschossfläche von 20.343 m² aus), weil eben im Islam Religion und Staat, Glaube und Politik (din wa daula) eine untrennbare Einheit bilden. Das kommt auch in den Namen zum Ausdruck, den die Verantwortlichen ihren Moscheen geben: So heißen in Deutschland mehr als ein Dutzend Moscheen „Fatih-Moschee“, „Eroberer-Moschee“ (zum Beispiel Lübeck, Mannheim, Nürnberg), nach 23./24. März 2007 von einer „das Christentum ablösenden islamischen Ära“ in Europa gesprochen und das maurische Spanien (al-Andalus) sowie das osmanische Südosteuropa von

einst als Zukunftsmodelle hingestellt hat. Nur am Rande sei vermerkt, dass die Theodor-Heuss-Stiftung am 12. Mai 2007 Ceric zusammen mit der Bundestagspräsidentin a.D., Frau Prof. Dr. Rita Süßmuth, den 42. Theodor-Heuss-Preis verliehen hat (die Laudatio hielt Frau Professor Dr. Gesine Schwan). Eine einzige Gemeinschaft der Ahnungslosen?